

FREIBERUFLER-TICKER vom 9. April 2021

1. Situation bleibt kritisch, Perspektiven werden benötigt

So lautet das Fazit von BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer zu den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Freie Berufe unter knapp 3.500 selbstständigen Freiberuflern zu den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in den Freien Berufen. Jeder zehnte Befragte steckt in Existenznöten. Weitere rund 200.000 Stellen sind bedroht. Befürchtet werden zudem ein kritisches Marktumfeld und Nachhalleffekte. Die Funke Mediengruppe berichtete am 2. und 3. April 2021 vorab exklusiv, dies fand entsprechendes [mediales Echo](#).

2. BFB bei Wirtschaftsgipfel

Peter Altmaier MdB (CDU), Bundesminister für Wirtschaft und Energie, [tauschte](#) sich am 8. April 2021 mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden über die aktuelle Corona-Lage und künftige Aufgaben aus. Die Freien Berufe vertrat BFB-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Ewer. Er skizzierte entlang der jüngsten BFB-Umfrage die aktuelle Situation der Freien Berufe, forderte eine Stärkung der aktuellen Hilfsmaßnahmen und nahm die Zeit nach der Corona-Krise in den Blick: „Dann werden sich auch uns eine Vielzahl von Problemen stellen, die konzeptioneller Lösungen bedürfen.“ So gelte es, die berufliche Bildung zu stärken, den Gründergeist zu beleben und die Leistung der öffentlichen Verwaltung zu beschleunigen. Angesichts dessen schlug er vor, schon jetzt einen „Wiederaufbaugipfel“ für das zweite Halbjahr vorzubereiten, um rechtzeitig und gemeinsam tragfähige Konzepte für die Bewältigung der durch Corona verursachten oder verstärkten strukturellen Herausforderungen zu entwickeln.

3. Neuer Eigenkapitalzuschuss und Verbesserungen der Überbrückungshilfe III

Darüber informierten das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie das Bundesministerium der Finanzen Ende vergangener Woche in einer gemeinsamen [Mitteilung](#). Alle Unternehmen, die in mindestens drei Monaten seit November 2020 einen Umsatzeinbruch von jeweils mehr als 50 Prozent erlitten haben, erhalten einen Eigenkapitalzuschuss. Dieser wird zusätzlich zur regulären Förderung der Überbrückungshilfe III gewährt. Außerdem wird die Fixkostenerstattung der Überbrückungshilfe III für Unternehmen, die einen Umsatzeinbruch von mehr als 70 Prozent erleiden, auf bis zu 100 Prozent erhöht. Bislang wurden bis zu 90 Prozent der förderfähigen Fixkosten erstattet. Wie für Solo-Selbstständige mit Einnahmen ausschließlich aus freiberuflichen und gewerblichen Tätigkeiten wird auch für Solo-Selbstständige, die Gesellschafter von Personengesellschaften sind, ein Wahlrecht geschaffen: Sie können den Antrag auf Neustarthilfe entweder über einen prüfenden Dritten oder als Direktantrag stellen; die Antragstellung auf Neustarthilfe über prüfende Dritte ist damit nur noch für Kapitalgesellschaften verpflichtend.

4. Ein Viertel der mit Corona-Hilfen unterstützten Betriebe sieht dennoch eine Insolvenzgefahr

Am 6. April 2021 veröffentlichte entsprechende [Befragungsergebnisse](#) aus der Stellenerhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zeigen, dass insbesondere kleine und mittlere Betriebe staatliche Krisen-Hilfen beantragt haben. Gerade Kleinstbetriebe schätzen deren Nutzen als hoch oder sehr hoch ein. Gleichwohl entwickelt sich die Beschäftigung in den betroffenen Betrieben vergleichsweise ungünstig und die Betriebe sehen sich häufiger in ihrer Existenz bedroht.

5. Rückgang der Kurzarbeit

Im März 2021 sank die Zahl der Kurzarbeiter. Nach [Schätzungen](#) des ifo Instituts vom 7. April 2021 waren 2,7 Millionen Menschen in Kurzarbeit, nach 2,9 Millionen im Februar 2021. Das entspricht acht Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, nach 8,7 Prozent im Februar 2021.

6. IAB-Regionalprognose zur Entwicklung des Arbeitsmarkts

In den ostdeutschen Bundesländern geht die Arbeitslosenquote im Laufe des Jahres mit 0,8 Prozentpunkten stärker zurück als in den westdeutschen Bundesländern mit 0,2 Prozentpunkten. Mit knapp sechs Prozent liegt die Arbeitslosenquote in Westdeutschland aber etwas niedriger als in Ostdeutschland mit 7,3 Prozent. Das geht aus der am 7. April 2021 veröffentlichten [Regionalprognose](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Am stärksten sinken die Arbeitslosenquoten in Sachsen-Anhalt um 1,3 Prozentpunkte auf sieben Prozent und in Sachsen um 1,1 Prozentpunkte auf 5,6 Prozent. In Baden-Württemberg und Hamburg stagnieren sie hingegen. Wenngleich die Arbeitslosenquote 2021 niedriger ausfällt als im Vorjahr, liegt sie dennoch höher als sie es ohne Covid-19 wäre. Vergleichsweise stark sind die Auswirkungen der Pandemie in Berlin mit einem coronabedingten Anstieg der Arbeitslosenquote von 2,9 Prozentpunkten, in Hamburg mit plus 2,2 Prozentpunkten und in Nordrhein-Westfalen mit plus 1,8 Prozentpunkten. In Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Bayern und Niedersachsen beträgt der pandemiebedingte Anstieg maximal einen Prozentpunkt.

7. Öffentliches Finanzierungsdefizit

Die Ausgaben des „Öffentlichen Gesamthaushalts“ stiegen 2020 gegenüber 2019 um 12,1 Prozent auf 1.678,6 Milliarden Euro. Gleichzeitig sanken die Einnahmen um 3,5 Prozent auf 1.489,4 Milliarden Euro. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am 7. April 2021 weiter [mitteilte](#), errechnet sich daraus in Abgrenzung der Finanzstatistiken ein kassenmäßiges Finanzierungsdefizit von 189,2 Milliarden Euro. Dieses Ergebnis zeigt deutlich die Folgen der Corona-Krise für die öffentlichen Haushalte. Es handelt sich laut Destatis um das erste Defizit seit 2013 und das höchste seit der deutschen Vereinigung. 2019 war noch ein Finanzierungsüberschuss von 45,2 Milliarden Euro erzielt worden. Die Angaben beziehen sich auf vorläufige Ergebnisse der Kern- und Extrahaushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden, der Sozialversicherung sowie der EU-Anteile im Rahmen der vierteljährlichen Kassenstatistik.

8. Lebenserwartung in der EU sinkt aufgrund von Corona

Laut einer [Mitteilung](#) des statistischen Amtes der Europäischen Union (EU) vom 7. April 2021 nahm die Lebenserwartung bei der Geburt in der EU in den letzten zehn Jahren zu: So ist die Lebenserwartung seit den 1960er-Jahren im Durchschnitt um mehr als zwei Jahre pro Jahrzehnt gestiegen. Die neusten verfügbaren Daten zur Lebenserwartung in 2020 zeigen allerdings, dass seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie im vergangenen Jahr die Lebenserwartung in der überwiegenden Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten mit verfügbaren Daten für 2020 gesunken ist. Die größten Rückgänge wurden in Spanien (minus 1,6 Jahre gegenüber 2019) und Bulgarien (minus 1,5 Jahre) verzeichnet, gefolgt von Litauen, Polen und Rumänien (je minus 1,4 Jahre). Der Wert für Deutschland wird mit minus 0,2 Jahren ausgewiesen.

9. Konferenz zur Zukunft Europas: Bürgerplattform startet am 19. April

Auf seiner Sitzung am 7. April 2021 setzte der Exekutivausschuss der [Konferenz zur Zukunft Europas](#) die Vorbereitungen für den Start der Konferenz fort. Dabei billigte der Exekutivausschuss die mehrsprachige digitale Plattform, die es den Menschen aus der gesamten Europäischen Union (EU) ab dem 19. April 2021 ermöglichen soll, ihre Meinung zu jedem Thema zu äußern, das sie für die Zukunft der EU für wichtig erachten. Damit können sie – erstmals auf EU-Ebene – ihre Ideen einbringen, die Ideen anderer kommentieren, Veranstaltungen schaffen und daran teilnehmen. Die Plattform wird die zentrale Drehscheibe der Konferenz sein, ein Ort, an dem alle Beiträge zur Konferenz zusammengeführt und geteilt werden. Ein besonderer Feedback-Mechanismus wird die wichtigsten vorgebrachten Ideen sammeln und analysieren, sodass sie auch in den europäischen Bürgerforen und auf den Plenarsitzungen der Konferenz berücksichtigt werden können. Die Plattform wird ebenfalls Informationen über die Struktur und die Arbeit der Konferenz bereitstellen. Die Eröffnungsveranstaltung der Konferenz ist für den 9. Mai 2021, den Europatag, vorgesehen.

10. Umsetzung der Ziele des Bologna-Prozesses

Wie die Bundesregierung in ihrer Unterrichtung ([19/27965](#)) schreibt, hält der Trend zur Akademisierung nach wie vor an, obwohl die Studienanfängerzahl 2020 im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig ist. Zudem waren im Wintersemester 2019/2020 knapp 2,9 Millionen Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben, ein Plus von 1,1 Millionen zum Wintersemester 1999/2000. Diese Entwicklung zeigt der Bundesregierung zufolge die Wirksamkeit der von Bund und Ländern initiierten Maßnahmen zur Steigerung der Studierenden- und Akademikerquote sowie die Öffnung der Hochschulen für neue Zielgruppen. Auch die Anteile der Abschlussarten der Studiengänge änderten sich in den letzten 20 Jahren, im Einklang mit den Zielen des Bologna-Prozesses. Im Sommersemester 2020 endet die überwiegende Mehrheit der Studiengänge in Deutschland (91,5 Prozent) mit einem Bachelor- oder Masterabschluss, somit ist das Studienangebot in Deutschland durch internationale Bachelor- und Masterstudiengänge geprägt. Über die Unterrichtung der Bundesregierung berichtete der Deutsche Bundestag Ende vergangener Woche.

11. Investitionen in Bildung und Forschung steigen weiter an

Die öffentlichen Haushalte und der private Bereich gaben 2019 insgesamt 325,6 Milliarden Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft in Deutschland aus. Wie das Statistische Bundesamt am 6. April 2021 [mitteilte](#), waren das 13,8 Milliarden Euro beziehungsweise 4,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Ausgaben machten 9,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus (2018: 9,3 Prozent). 185,7 Milliarden Euro entfielen auf Schulen und schulnahe Einrichtungen, Hochschulen und Kitas. Auf Weiterbildung, Jugendarbeit oder Horte entfielen 23 Milliarden Euro. Die Ausgaben für Bildungsförderung (zum Beispiel BAföG) betragen 13,7 Milliarden Euro. Unternehmen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wendeten für Forschung und Entwicklung 90,6 Milliarden Euro auf.

12. Weniger Integrationskursteilnehmer

Die Zahl der neuen Integrationskursteilnehmer sank im vergangenen Jahr laut Bundesregierung auf 105.743, nachdem sie im Vorjahr bei 176.445 gelegen hatte. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung ([19/27757](#)) auf eine Kleine Anfrage hervor, über die der Deutsche Bundestag Ende vergangener Woche berichtete. Überdies ging zugleich die Zahl der neuen Teilnahmeberechtigungen beziehungsweise -verpflichtungen für einen Sprach- und Integrationskurs von 235.083 in 2019 auf 168.536 im Folgejahr zurück.

13. Arbeitskosten im EU-Vergleich

Die Arbeitskosten pro Stunde lagen laut einer [Mitteilung](#) des statistischen Amtes der Europäischen Union (EU) vom Ende vergangener Woche in der gesamten Wirtschaft (ohne Landwirtschaft und öffentliche Verwaltung) bei durchschnittlich 28,50 Euro. Die niedrigsten Werte verzeichnet Bulgarien mit 6,50 Euro, gefolgt von Rumänien mit 8,10 Euro und Ungarn mit 9,90 Euro. Die höchsten Werte werden mit 45,80 Euro für Dänemark, 42,10 Euro für Luxemburg und 41,10 Euro für Belgien verzeichnet. Der Wert für Deutschland wird mit 36,60 Euro beziffert.

14. Verständlichkeit von Steuerformularen laufend überprüft

Die Finanzverwaltungen prüfen die Verständlichkeit der elektronischen Steuererklärungs-Software ELSTER laufend anhand von Tauglichkeitstests von Nutzern. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/27758](#)) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag Ende vergangener Woche berichtete. Die Bundesregierung setze sich für eine noch adressatengerechtere Gestaltung von ELSTER ein, so das Antwortschreiben. Darin verweist die Bundesregierung auf die Feststellung der Finanzminister im Mai 2019, wonach eine stärkere Dienstleistungsorientierung und Bürgerfreundlichkeit der Finanzverwaltung eine langfristige Aufgabe darstelle.

15. Gesundheitsausgaben gestiegen

Die Gesundheitsausgaben in Deutschland beliefen sich 2019 auf 410,8 Milliarden Euro. Das waren 4.944 Euro je Einwohner. Wie das Statistische Bundesamt zum Weltgesundheitstag am 7. April 2021 weiter [mitteilte](#), stiegen die Gesundheitsausgaben insgesamt um 19,3 Milliarden Euro oder 4,9 Prozent gegenüber 2018. Damit überschritten sie die Grenze von 400 Milliarden Euro, nachdem 2012 die 300-Milliarden-Euro-Grenze und davor 1998 die 200-Milliarden-Euro-Grenze erreicht worden waren. Der zeitliche Abstand bis zum Erreichen der jeweils nächsten 100-Milliarden-Marke halbierte sich damit seit 1998 von 14 auf sieben Jahre. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag 2019 bei 11,9 Prozent und damit 0,2 Prozentpunkte höher als 2018.

16. VBG: Beitragsfuß beschlossen

Laut einer [Information](#) der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) vom 6. April 2021 bleibt der Beitragsfuß der Umlage für Pflicht- und freiwillig Versicherte wie im Vorjahr bei 4,60 Euro. Unabhängig davon gilt für zahlreiche Kleinunternehmen weiterhin der unveränderte Mindestbeitrag von 48 Euro pro Jahr. Die Coronavirus-Pandemie und die getroffenen Maßnahmen zu deren Eindämmung führen bei einer Vielzahl von Mitgliedsunternehmen der VBG zu einer angespannten Wirtschaftssituation. Aufgrund dieser besonderen Lage bietet die VBG – wie schon im letzten Jahr – Möglichkeiten zur Entlastung der Mitgliedsunternehmen in Form von Zahlungserleichterungen für die Beiträge an, wie zum Beispiel Stundung und Ratenzahlung. Näheres dazu finden die Unternehmen in ihrem Beitragsbescheid oder unter www.vbg.de/Zahlungserleichterungen. Anträge auf Stundung und Ratenzahlung können erst gestellt werden, wenn den Unternehmen ihr Beitragsbescheid vorliegt.